

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Nachmittag), 18. November 2015

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

27 2015.RRGR.759 Kreditgeschäft
Rahmenkredit 2016 für dringende kantonale Zumieten

Beilage Nr. 14, RRB 913/2015

Antrag SVP (Guggisberg, Kirchlindach)
Ablehnung

Luc Mentha, Köniz (SP), Kommissionssprecher der BaK. Die BaK hat das Geschäft angeschaut und sich ohne Gegenstimmen, bei einigen Enthaltungen, für Annahme des Rahmenkredits ausgesprochen. Als Grosser Rat haben wir bereits vor einem Jahr, am 17. November 2014, darüber abgestimmt. 138 Grossrätinnen und Grossräte haben ja gesagt, 2 haben nein gestimmt und 3 haben sich der Stimme enthalten. Es gab einen einzigen Fall, in welchem dieser Rahmenkredit zur Anwendung kam. Der Regierungsrat hat ihn also sehr zurückhaltend angewendet. Es konnten dadurch 70 000 Franken eingespart werden. Nun liegt im Rat plötzlich ein Antrag vor, der das Geschäft in Frage stellt. Das hat mich erstaunt, und ich habe mich gefragt, warum. Der vorliegende Erneuerungsantrag dient dazu, dass dringende Zumieten vom Regierungsrat beschlossen werden können, wenn sie zu wiederkehrenden Folgekosten zwischen 200 000 bis 1 Mio. Franken pro Jahr führen. Der Rahmenkredit ist kein Pleinpouvoir für die Regierung, sondern ist mit klaren Rahmenbedingungen jaloniert, was die Nutzung des Kredits anbelangt. Er ist auf ein paar wenige Einzelfälle beschränkt.

Es kann zum Beispiel um Kündigung eines Mietvertrags durch den Vermieter gehen. Die Kündigungsfristen betragen oft 6 Monate und sind manchmal sogar noch kürzer. Die Vorbereitung eines Grossratsgeschäftes dauert zwischen 6 und 9 Monaten. Daraus wird ersichtlich, in welche Schwierigkeiten man unter Umständen geraten kann. Für solche Fälle dient dieser Rahmenkredit. Der Regierungsrat hat auch die Möglichkeit, Gelegenheiten auf dem Liegenschaftsmarkt beim Schopf zu packen und für den Kanton bessere Konditionen herauszuholen. Der Zeitfaktor ist auf dem Liegenschaftsmarkt manchmal ein wichtiger Erfolgsfaktor, um ein gutes Geschäft abschliessen zu können – das kenne ich auch aus persönlicher Erfahrung. Auf diesem Markt ist Diskretion manchmal gut, um zu einem guten Geschäftsabschluss zu kommen. Und das sage ich als Vertreter einer Partei, die immer für Transparenz einsteht. Denn es gibt im Liegenschaftsmarkt Player, die es nicht so gerne sehen, wenn die Konditionen eines Vertrags in aller Öffentlichkeit ausgebreitet werden. Die BaK war daher der Auffassung, es sei durchaus sinnvoll, wenn der Regierungsrat bei Bedarf rasch und diskret handeln kann.

Der Beschluss gilt nur für ein Jahr. Zudem ist er auf einen Gesamtumfang von 2 Mio. Franken beschränkt. Die BaK empfiehlt Ihnen, diesen Rahmenkredit nun nicht unter strenger Anwendung der neuen Kompetenzaufteilung gemäss unserem neuen Parlamentsrecht zu betrachten. Gehen Sie die Sache stattdessen, im Sinne meiner Überlegungen, sachorientiert und pragmatisch an. Es sind Sicherheiten eingebaut. Es ist ein jährlicher Beschluss. Es findet auch ein jährliches Reporting gegenüber der BaK statt. Wenn Sie das Reporting 2014 betrachten, so gab es einen Fall. Ich habe bereits darauf hingewiesen. Der Regierungsrat hat damit zum Ausdruck gebracht, dass er wirklich sehr zurückhaltend von diesem Instrument Gebrauch machen will. Es ging um eine Turnhalle am Talweg. Diese konnte man, verglichen mit dem vorherigen Vertrag, für 60 000 Franken pro Jahr – vorhin habe ich von 70 000 Franken gesprochen, aber meine Notiz lautet auf 60 000 Franken – günstiger mieten.

Die Finanzkommission hat sich in einem Brief gegenüber der BaK geäußert. Sie sind der Meinung, man sollte das nicht machen. Ich nehme an, der Antrag von Lars Guggisberg liege argumentativ auf dieser Linie. Wir haben uns in der BaK mit dem ablehnenden Antrag der Finanzkommission eingehend auseinander gesetzt. Wir haben folgende Überlegungen angestellt: Die Finanzkommission verfolgt das Ziel, Kosten zu sparen und die Verwaltung wenn möglich in kantonseigenen Liegenschaften unterzubringen. Das ist löblich und gut, und diese Haltung teilen wir. Den Antrag hingegen, der sich gegen den Rahmenkredit richtet, haben wir als falsch beurteilt. Ich habe es gesagt: Der Zeitfaktor ist auf dem Liegenschaftsmarkt manchmal entscheidend, um den Kostenvorteil absichern zu können. Wenn man sich seitens der Finanzkommission für die Zielsetzung stark machen will, die kantonale Verwaltung in eigenen Liegenschaften unterzubringen, so müsste die BaK den Antrag stellen, dass der Kanton Bern auf dem Markt Liegenschaften erwirbt oder Neubauprojekte startet. Eine Klammerbemerkung: Daraus ergäbe sich ein Widerspruch zum Antrag im Zusammenhang mit dem Finanzplan, das Investitionsvolumen zu senken. Will man die Verwaltung vermehrt in eigenen Liegenschaften unterbringen, so muss man bauen oder kaufen. Und das braucht Geld. Das kann unter Umständen sinnvoll sein. Diesen Rahmenkredit zu bekämpfen jedoch, so die Meinung der BaK, das bringt es nicht. Unserer Auffassung nach ist der Antrag von Lars Guggisberg kontraproduktiv. Ich bitte Sie, dem Rahmenkredit zuzustimmen. Ich wiederhole es nochmals: Die BaK spricht sich einstimmig, bei einigen wenigen Enthaltungen, dafür aus. Entsprechend haben wir den Antrag der Finanzkommission negativ beurteilt. Diese hat ihren Antrag in der Folge zurückgezogen und will ihn heute nicht mehr stellen.

Lars Guggisberg, Kirchlindach (SVP). Einleitend möchte ich meinen Vorredner korrigieren. Er hat von wenigen Enthaltungen gesprochen. Immerhin waren es in der BaK 5 Enthaltungen bei 17 Stimmenden. Da kann man nicht von wenigen Enthaltungen sprechen. Die SVP-Fraktion hat vor einem Jahr den gleichen Rahmenkredit für dringende kantonale Zumieten abgelehnt. Es liegen keine neuen Erkenntnisse auf dem Tisch, die es rechtfertigen würden, den Rahmenkredit nun plötzlich anzunehmen. Wir lehnen ihn aus den folgenden Gründen ab: Der erste Grund ist prinzipieller Natur. Im Rahmen der Revision des Parlamentsrechts haben wir die Kompetenz der Regierung im Bereich der gebundenen Ausgaben explizit eingeschränkt. Wir sind grundsätzlich dagegen, dass man mit diesem Rahmenkredit diese Einschränkung gerade wieder umgeht. Zweitens stellen wir auch die Notwendigkeit des Rahmenkredits infrage. Es geht nämlich um Mieten für grosse Räumlichkeiten, um Mietobjekte, die monatlich beinahe 17 000 Franken kosten. Ein solcher Raumbedarf kommt nicht von heute auf morgen; er zeichnet sich ab. Mit vorausschauender Planung sollten Feuerwehrexübungen mit derart teuren Mietverträgen vermieden werden können. Es ist schwer vorstellbar, dass der Kanton innert weniger als sechs Monaten plötzlich einen dringenden Mietvertrag von jährlich über 200 000 Franken abschliessen muss, den er nicht vorher dem Grossen Rat vorlegen kann. Das umso mehr, als für Mietverträge von Geschäftsliegenschaften eine Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten gilt.

Es wurde gesagt: Im Jahr 2015 hatten wir einen einzigen Fall, der nur knapp mehr als 200 000 Franken kostete. Es war eine Turnhalle. Es ist schwer nachvollziehbar, inwiefern da eine Dringlichkeit bestanden haben soll, dass plötzlich ein anderer Interessent die Turnhalle dem Kanton vor der Nase wegschnappen würde. Das einzige Beispiel zeigt, dass der Rahmenkredit nicht notwendig ist, und schon gar nicht in der Höhe von zwei Millionen. Im Jahr 2015 wurden bislang gut 200 000 von zwei Millionen ausgeschöpft. Also ist eigentlich auch die Höhe völlig unverhältnismässig. Schliesslich befürchten wir auch, dass mit dem Rahmenkredit eine Basis geschaffen wird, dass man vor-schnell nach teureren, externen Mietlösungen anstatt nach internen Lösungen mit kantonalen Liegenschaften sucht. Aus all diesen Gründen lehnt die SVP diesen Rahmenkredit einstimmig ab. Ich bitte Sie, dem auch zu folgen.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Die BDP-Fraktion stimmt dem Rahmenkredit zu. Wir sind nicht gleicher Meinung wie Lars Guggisberg. Der Rahmenkredit 2015 hat sich bewährt. Die BaK wurde über seine Benutzung korrekt informiert. Wir halten den Mietvertrag, respektive das Mietverhältnis für sehr sinnvoll. Es ist wichtig, dass der Regierungsrat auf dem Mietmarkt effizient agieren kann. Gute Gelegenheiten müssen manchmal rasch ergriffen werden. Sie lassen sich manchmal nicht während mehreren Monaten hinhalten, bis das Geschäft vom Grossen Rat behandelt wurde. Da bin ich anderer Meinung als mein Vorredner. Vermieter machen vorwärts. Sie sehen es nicht immer gerne, dass sie ihr Angebot lange aufrechterhalten müssen, oder dass öffentlich darüber verhandelt wird. Es liegt im finanziellen Interesse des Kantons, wenn die Regierung beweglich und effizient tätig sein

kann, was das Operative anbelangt.

Die BDP betrachtet es nicht als opportun, den Regierungsrat in seiner Handlungsfähigkeit immer mehr einzuschränken. Wir befürchten, der Grosse Rat habe in den letzten Jahren tendenziell zu viele operative Aufgaben an sich gezogen. Wir lehnen den Antrag auch aus diesem Grund ab. Das heisst nicht, dass wir alle kantonalen Mietverträge als angemessen betrachten. Die Liste der bestehenden Mietverhältnisse haben wir erst vor kurzem bewilligt. Dort müssen wir genau hinschauen. Diese Gelegenheit hatte der Grosse Rat, und er wird sie wieder haben. An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass der Regierungsrat mit der Umsetzung der Motion Leuenberger zügig vorwärtsmachen sollte. Wir benötigen gute und zweckmässige Arbeitsplätze für die Verwaltung. Die wunderschönen und ehrwürdigen Kulturdenkmäler in der Altstadt eignen sich dazu nicht mehr. Wir brauchen effiziente Verwaltungsgebäude. Das wäre vorteilhaft und könnte Zumieten reduzieren.

Daphné Rüfenacht, Biel/Bienne (Grüne). Der Kommissionssprecher hat das Geschäft sehr gut vorgestellt. Wir haben den Rahmenkredit bereits letztes Jahr mit grossem Mehr angenommen – die Zahlen wurden erwähnt. Das Resultat war eine Reduktion der kantonalen Ausgaben. Eine Frage an die Regierungsrätin. Wurde der Kredit seit der Verabschiedung des Geschäfts ein weiteres Mal beansprucht? Die Bedingungen für die Beanspruchung der Gelder sind ganz klar definiert. Der Kredit kann nur in dringenden und klar festgelegten Fällen beansprucht werden. Wir Grünen sind mit den Bedingungen einverstanden. Es handelt sich um einen jährlichen Kredit. Der Grosse Rat kann somit jedes Jahr im November das Instrument ablehnen, wenn er der Ansicht ist, der Rahmenkredit werde nicht zweckmässig beansprucht. Die Grünen erachten den vorliegenden Rahmenkredit als zielführend und stimmen ihm entsprechend zu.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Die FDP wird dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen, respektive den Antrag SVP, Guggisberg, ablehnen. Allerdings haben auch wir uns Gedanken gemacht und die Frage gestellt, ob der Rahmenkredit wirklich notwendig ist. Immerhin sind es zwei Millionen, die blockiert sind, auch wenn man sie nicht ausschöpft – sie sind eingestellt und blockiert. In der Vergangenheit wurde er grossmehrheitlich nicht gebraucht. Man kann sich daher auch die Frage stellen, ob es ihn denn wirklich braucht. Wir teilen die Meinung der Finanzkommission und des Vorredners, dass kantonale Stellen, wenn immer möglich, in eigenen Liegenschaften untergebracht werden sollten. Also in Verwaltungszentren, wo die Dienstleistungen an einem Ort erbracht werden können.

Auf der anderen Seite ermöglicht dieser Rahmenkredit eine gewisse Flexibilität und einen gewissen Handlungsspielraum. Wir müssen aufpassen, dass wir bei der Verwaltung, respektive den Direktionen nicht allzu stark ins Operative eingreifen. Die BaK ist über die Verwendung der Mittel bestens informiert. Die BVE, respektive das AGG hat den Tatbeweis erbracht, dass die Mittel sinnvoll und gezielt eingesetzt werden, und eben wirklich nur dann, wenn es notwendig ist. Die BaK hätte auch die Möglichkeit zu reagieren, wenn das irgendwann einmal nicht im Sinne des Rats wäre. Die FDP wird dem Rahmenkredit daher grossmehrheitlich zustimmen und den Antrag SVP, Guggisberg, ablehnen.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Die EVP-Fraktion wird dem Rahmenkredit ebenfalls mehrheitlich zustimmen. Das meiste wurde bereits gesagt. Wir haben das intern ähnlich diskutiert, wie es vom Vorredner geschildert wurde. Wir haben auch die Argumente der FiKo-Mitglieder in unserer Fraktion zu berücksichtigen versucht. Wir hatten ein gewisses Verständnis für die finanzmechanischen, kritischen Überlegungen, die beim Rahmenkredit angefügt wurden. Der von der BVE rapportierte Fall hat zu einer Entlastung des Finanzhaushalts geführt, zu einer Reduktion der Kosten. Das hat uns überzeugt, den Rahmenkredit wieder zu sprechen. Wenn wir der Regierung Handlungsspielraum geben können, sodass sie ihr Portfolio effizient optimieren und rasch reagieren kann, womit die Kosten für den Kanton optimiert werden können, so wollen wir das doch tun. Wir gehen davon aus, dieser Handlungsspielraum werde seitens der Regierung nicht missbraucht. Sie steht ja mit dieser Thematik im Schaufenster.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Die glp wird dem Rahmenkredit geschlossen zustimmen und den Antrag Guggisberg ablehnen. Wir werden den Verdacht nicht los, es sei nur ein Nebenkriegsschauplatz, dass man den Rahmenkredit blockieren will. Es ist die falsche Baustelle, um allfälliges Misstrauen oder ungute Gefühle irgendeiner Amtsstelle gegenüber auszutragen – bei einem operativen Geschäft, was den Spielraum der Verwaltung erheblich beeinträchtigt. Für uns ist die Höhe des

Kredits der einzig kritische Punkt des Geschäfts. Es geht um gut zwei Millionen, die eingestellt werden. Bis jetzt wurde der Kredit noch nie ausgeschöpft. Dazu kann vielleicht die Frau Regierungsrätin noch etwas sagen. Die glp wird dem Kredit zustimmen.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Die EDU lehnt den Rahmenkredit ab. Aufgrund der fünf regelmässigen Sessionen ist es möglich, besondere, dringende Zumietungen dem Grossen Rat zur Behandlung vorzulegen. Als EDU-Fraktion wollen wir unsere Verwaltungen nicht ständig ausbauen. Wir sind für weniger Verwaltungen. Somit benötigen wir auch weniger Mietobjekte. Wir sind nicht bereit, schon wieder zwei Millionen im Voraus für dringende kantonale Zumietungen zu sprechen. Wir lehnen den Rahmenkredit ab und stimmen dem Antrag SVP zu.

Luc Mentha, Köniz (SP). Die SP beantragt Zustimmung zum Rahmenkredit.

Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Ich bitte Sie, dem Rahmenkredit zuzustimmen. Der Rahmenkredit dient der Verwaltung dazu, bei dringenden Mietgeschäften, wenn nicht mehr rechtzeitig eine Ausgabenbewilligung des Grossen Rats eingeholt werden kann, im Interesse des Kantons rasch handeln zu können. Die Bedingungen dafür, wann das zum Zug kommt, wir haben es schon mehrfach gehört, sind genau geregelt. Es geht vor allem um den Ersatz von Mietverträgen, um Verlängerungen oder um Kündigungen durch Vermieter. Die Bedingungen sind ganz genau geregelt. Wir legen der BaK jeweils Rechenschaft darüber ab. Sollte irgendetwas schief laufen, könnte die BaK allenfalls noch intervenieren.

Herr Grossrat Guggisberg hat gesagt, er könne sich nicht vorstellen, was das denn gewesen sei, dass man so schnell handeln könnte. Letztes Jahr hatten wir einen Fall – es könnte aber auch einmal deren zwei geben, wenn Sie das nun hören –, bei welchem wir jährliche Einsparungen von 68 800 Franken erzielen konnten. Das ist doch immerhin nicht nichts. Das Mietobjekt ist eine Turnhalle in Bern für die Schule für Gestaltung. Sie wissen alle, dass wir viel zu wenige Turnhallen für unsere Schulen haben, insbesondere für die Schulen der Sekundarstufe II. Die Turnhalle hatte eine fixe Mietdauer, und die Mietdauer lief am 31. Juli 2015 ab. Der Mietvertrag wäre einfach weitergelaufen, oder wir hätten ihn kündigen müssen. Eine Kündigung kam nicht in Frage, da wir ja sonst keine Turnhalle mehr gehabt hätten. Also waren wir froh, als der private Vermieter kurzfristig bereit war, über einen neuen Mietzins zu verhandeln. Wäre der Mietvertrag weitergelaufen, hätten wir den vorherigen Mietzins bezahlen müssen. Es wäre unmöglich gewesen zu sagen, man müsse zuerst den Grossen Rat fragen und ein halbes Jahr warten. Denn der Vorlauf für ein Geschäft dauert etwa ein halbes Jahr. Wir konnten die Verhandlungen führen, und wir konnten Mietzinsanpassungen von 68 830 Franken pro Jahr erzielen.

Das war der einzige Fall, es ist aber ein typischer Fall, und wir waren froh um den Rahmenkredit. Wir haben die BaK sofort informiert, als wir in die Verhandlungen eingestiegen sind. Die BaK war der Meinung, das sei wirklich eine gute Lösung. Ich bitte Sie also, dem Rahmenkredit zuzustimmen. Wenn wir ihn brauchen, wird die BaK informiert. Wenn wir ihn nicht brauchen, ist das Geld ja auch nicht verloren – es fliesst dann in die Rechnung.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 92

Nein 46

Enthalten 8

Präsident. Sie haben den Kredit angenommen.